

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 41

DONNERSTAG, DEN 24. MAI

2018

Inhalt:

	Seite		Seite
Neunzehnte Berichtigung des Landschaftsprogramms	1181	Öffentliche Zustellung	1183
Dreizehnte Berichtigung des Flächennutzungsplans	1181	Berichtigung einer Widmung im Bezirk Eimsbüttel – Seerosenweg –	1183
Allgemeinverfügung über die Ausnahmegenehmigung gemäß § 43 Absatz 1 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft) über die Zulassung von digitalen Dachwerbeträgern der TAXi-AD GmbH an Taxen	1182	Teilflächige Widmung und Widmung im Bezirk Eimsbüttel – Landdrostenweg –	1183
Öffentliche Zustellung	1182	Öffentliche Plandiskussion zu den Entwürfen der vorhabenbezogenen Bebauungspläne Bramfeld 65 (Bramfelder Spitze) Bramfeld 71 (Moosrosenweg Süd) und Bramfeld 72 (Moosrosenweg Nord)	1183

BEKANNTMACHUNGEN

Neunzehnte Berichtigung des Landschaftsprogramms

Das Landschaftsprogramm für die Freie und Hansestadt Hamburg vom 14. Juli 1997 (HmbGVBl. S. 363) ist im Bereich der Holsteiner Chaussee im Osten, der AKN-Trasse im Südosten, der Landesgrenze im Westen und eines Geh- und Radwegs im Norden im Stadtteil Schnelsen (Bezirk Eimsbüttel, Ortsteil 319) berichtigt worden.

Für die Fläche wurde der Bebauungsplan Schnelsen 88 im beschleunigten Verfahren nach § 13a des Baugesetzbuchs aufgestellt und ist am 11. April 2018 (HmbGVBl. S. 74) in Kraft getreten.

Beschränkt auf den Geltungsbereich des Bebauungsplans wurde der Flächennutzungsplan gemäß § 13a Absatz 2 Nummer 2 des Baugesetzbuches im Wege der Berichtigung angepasst.

Das Landschaftsprogramm wurde gemäß § 5 Absatz 5 Nummer 4 HmbBNatSchAG entsprechend der oben benannten Berichtigung des Flächennutzungsplans angepasst.

Der Bebauungsplan weist im nördlichen Bereich neue Wohnbauflächen aus, um die Voraussetzung für die Entwicklung von öffentlich gefördertem Wohnungsbau zu schaffen. Gleichzeitig ist im Norden eine Fläche für den Gemeinbedarf für Unterkünfte für Wohnungslose, Flüchtlinge und Asylbegehrende gesichert worden. Zur Landesgrenze Schleswig-Holstein hin werden Flächen für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege ausgewiesen.

Die bisherige Darstellung der Milieus „Kleingärten“ und „gartenbezogenes Wohnen“ im Landschaftsprogramm wird dieser neuen Zielsetzung nicht mehr gerecht. Aus diesem Grund übernimmt das Landschaftsprogramm die neuen Darstellungen der Wohnbaufläche und der Fläche für den Gemeinbedarf als Milieu „Etagenwohnen“. Das Milieu „Wald“ wird ergänzend in „Naturnahe Landschaft“ angepasst. Die Grenze des Landschaftsschutzgebietes wird bestandsgemäß berichtigt.

Die Karte Arten- und Biotopschutz stellt für den gleichen Bereich die Biotopentwicklungsräume 12 „Städtisch geprägte Bereiche mit mittlerem bis geringem Grünanteil“ und 6 „Grünland“ dar.

Entsprechende Informationen zur Berichtigung des Landschaftsprogramms können beim Staatsarchiv und beim örtlich zuständigen Bezirksamt Eimsbüttel, Fachamt für Stadt- und Landschaftsplanung, kostenfrei eingesehen werden.

Hamburg, den 26. April 2018

Die Behörde für Umwelt und Energie

Amtl. Anz. S. 1181

Dreizehnte Berichtigung des Flächennutzungsplans

Der Flächennutzungsplan für die Freie und Hansestadt Hamburg in der Fassung der Neubekanntmachung vom 22. Oktober 1997 (HmbGVBl. S. 485) ist im Bereich der Holsteiner Chaussee im Osten, der AKN-Trasse im Süd-

osten, der Landesgrenze im Westen und eines Geh- und Radwegs im Norden im Stadtteil Schnelsen (Bezirk Eimsbüttel, Ortsteil 319) berichtigt worden.

Ziel und Zweck der Überplanung des Areals ist die Entwicklung von Wohnbauflächen im öffentlich geförderten Wohnungsbau sowie Flächen für den Gemeinbedarf zur Unterbringung von Wohnungslosen, Flüchtlingen und Asylbegehrenden. Die Fläche wird bereits zur Unterbringung von Wohnungslosen und Flüchtlingen genutzt und soll erneuert, erweitert und mit Wohnungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau ergänzt werden.

Für das Plangebiet wurde der Bebauungsplan Schnelsen 88 im beschleunigten Verfahren nach § 13a des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3635), aufgestellt und ist am 11. April 2018 (HmbGVBl. S.74) in Kraft getreten. Nach § 13a Absatz 2 BauGB sind die Wohnbauflächen an die zukünftige Bebauung angepasst worden. Das Symbol „P&R“ ist entfallen. Das Plangebiet der Berichtigung umfasst eine Fläche von ca. 0,7 ha.

Entsprechende Informationen zur Flächennutzungsplanberichtigung können beim Staatsarchiv und beim örtlich zuständigen Bezirksamt Eimsbüttel, Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung, kostenfrei eingesehen werden.

Hamburg, den 7. Mai 2018

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Amtl. Anz. S. 1181

Allgemeinverfügung über die Ausnahmegenehmigung gemäß § 43 Absatz 1 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft) über die Zulassung von digitalen Dachwerbeträgern der TAXi-AD GmbH an Taxen

Vom 17. Mai 2018

Durch diese Allgemeinverfügung wird gemäß § 43 Absatz 1 BOKraft für die im Pflichtfahrgebiet Hamburg ansässigen Unternehmen, die im Besitz einer Genehmigung nach § 47 des Personenbeförderungsgesetzes sind, folgende Ausnahmegenehmigung von der Vorschrift des § 26 Absatz 2 Satz 1 BOKraft für Taxen erteilt:

1. Auf dem Dach von Taxen darf Fremdwerbung mittels der digitalen Werbeträger der TAXi-AD GmbH, 22525 Hamburg, durchgeführt werden. Die Ausnahmegenehmigung gilt ausschließlich für die digitalen Werbeträger, die auf den Werbeträgern mit der Allgemeinen Betriebserlaubnis des Kraftfahrt-Bundesamtes Nummer 30517 vom 6. März 2003 und dem Nachtrag 30517*2 vom 28. Oktober 2011 oder auf vergleichbaren Trägern (z.B. der Firma Thule) angebracht werden und für die eine Ausnahmegenehmigung aufgrund des § 70 Absatz 1 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) des Landesbetriebs Verkehr vorliegt.
2. Die Ausnahmegenehmigung wird befristet bis zum 31. Mai 2020.

Nebenbestimmungen:

1. Eine Kopie dieser Allgemeinverfügung sowie der vorbezeichneten Allgemeinen Betriebserlaubnisse sind im Fahrzeug mitzuführen und zuständigen Personen auf Verlangen auszuhändigen.

2. Die Taxe muss, auch nachdem sie mit dem Werbeträger ausgestattet ist, den Bau- und Betriebsvorschriften der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) entsprechen. Sie muss insbesondere hinsichtlich ihrer Beschaffenheit die Vorgaben des § 30 StVZO und bezüglich vorstehender Außenkanten die Anforderungen des § 30c StVZO erfüllen.
3. Die in den Werbeträger integrierten, nach vorn und hinten zeigenden Taxischilder müssen beleuchtbar sein. Die Beleuchtung muss sich entsprechend den Erfordernissen des § 39 BOKraft ein- und ausschalten lassen.
4. Die Ausnahmegenehmigung des Landesbetrieb Verkehr nach § 70 Absatz 1 StVZO ist im Fahrzeug im Original oder in amtlich beglaubigter Ablichtung bzw. Abschrift mitzuführen und zuständigen Personen auf Verlangen auszuhändigen.
5. Diese Ausnahmegenehmigung ergeht unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs sowie ergänzender Auflagen und Bedingungen. Der Widerruf dieser Ausnahmegenehmigung bleibt ausdrücklich vorbehalten für den Fall, dass die aus dem Betrieb gewonnenen Erkenntnisse diese Maßnahme im öffentlichen Verkehrsinteresse oder im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geboten erscheinen lassen.

Hinweise:

Mit dieser Allgemeinverfügung wird keine Ausnahme von den Vorschriften des § 26 Absatz 2 Satz 2 BOKraft genehmigt, d.h. politische und religiöse Werbung ist auch auf dem Werbeträger unzulässig.

Werbung auf dem Werbeträger, die zur Verwechslung mit dem in § 26 Absatz 1 BOKraft beschriebenen Taxischild führen kann, ist unzulässig.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden bei der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Rechtsamt, Referat Verkehrsgewerbeaufsicht, Sachgebiet Aufsicht und Genehmigungen, Raum 0012, Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg.

Hamburg, den 17. Mai 2018

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
– Rechtsamt –
– Referat Verkehrsgewerbeaufsicht –

Amtl. Anz. S. 1182

Öffentliche Zustellung

Eine zustellfähige Anschrift des Herrn Petar Zimonjic, geboren am 12. September 1934 in Kraljevo, Serbien, ist nicht bekannt. Die letztbekannte Anschrift lautet: Rahewinkel 16, 22115 Hamburg.

Bei der Behörde für Inneres und Sport – Polizei –, Bruno-Georges-Platz 1, 22297 Hamburg (Eingangshalle), wurde am 15. Mai 2018 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes (VwZG) vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354, 2356) eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für Herrn Zimonjic ein Heranziehungsbescheid vom 1. Februar 2018 (Aktenzeichen: J 321-731/2016) betreffend den Polizeieinsatz vom 29. Januar 2016 beim Justizariat der Polizei, Polizeipräsidium, V. Obergeschoss, Zimmer 5 A 156, zur Entgegennahme bereitliegt.

Durch die Zustellung werden Fristen in Gang gesetzt, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können!

Der Heranziehungsbescheid gilt nach § 10 Absatz 2 Satz 6 VwZG als zugestellt am 31. Mai 2018.

Hamburg, den 16. Mai 2018

Behörde für Inneres und Sport
– Polizei –

Amtl. Anz. S. 1182

Öffentliche Zustellung

Eine zustellfähige Anschrift des Herrn Khemais Saidi, geboren am 4. Juli 1950 in Beja, Tunesien, ist nicht bekannt. Die letztbekannte Anschrift lautet: Rothenburgstraße 1, 20539 Hamburg.

Bei der Behörde für Inneres und Sport – Polizei –, Bruno-Georges-Platz 1, 22297 Hamburg (Eingangshalle), wurde am 16. Mai 2018 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes (VwZG) vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354, 2356) eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für Herrn Saidi ein Kostenfestsetzungsbescheid vom 8. Oktober 2016 (Aktenzeichen: J 321-146/2016) betreffend den Polizeieinsatz vom 28. März 2015 beim Justizariat der Polizei, Polizeipräsidium, V. Obergeschoss, Zimmer 5 A 156, zur Entgegennahme bereitliegt.

Durch die Zustellung werden Fristen in Gang gesetzt, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können!

Der Kostenfestsetzungsbescheid gilt nach § 10 Absatz 2 Satz 6 VwZG als zugestellt am 31. Mai 2018.

Hamburg, den 16. Mai 2018

Behörde für Inneres und Sport
– Polizei –

Amtl. Anz. S. 1183

Berichtigung einer Widmung im Bezirk Eimsbüttel – Seerosenweg –

In der Widmungsverfügung vom 7. Dezember 2017, veröffentlicht im Amtl. Anz. Nr. 1 vom 2. Januar 2018 S. 3, muss es richtig lauten:

„Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) werden die im Bezirk Eimsbüttel, Ortsteil 320, Gemarkung Eidelstedt, in der Straße Seerosenweg belegenen Wegeflächen (Flurstück 6-1) dem öffentlichen Verkehr, das Flurstück 6-2 dem öffentlichen Fußgänger- und Radverkehr und das Flurstück 6-3 dem öffentlichen Fußgänger- und Radverkehr sowie dem Anliegerverkehr bis 3,5 t mit sofortiger Wirkung gewidmet.

Hamburg, den 2. Mai 2018

Das Bezirksamt Eimsbüttel

Amtl. Anz. S. 1183

Teilflächige Widmung und Widmung im Bezirk Eimsbüttel – Landdrostenweg –

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) werden die im Bezirk Eimsbüttel, Ortsteil 319, Gemarkung Schnelsen, in

der Straße Landdrostenweg belegenen Wegeflächen (Flurstück 3082) dem öffentlichen Verkehr und die Flurstücke 3325, 3326, 3772, 3774, 3775, 3776 sowie 3323-1 und 3324-1 teilflächig dem öffentlichen Fußgängerverkehr mit sofortiger Wirkung gewidmet.

Hamburg, den 7. Mai 2018

Das Bezirksamt Eimsbüttel

Amtl. Anz. S. 1183

Öffentliche Plandiskussion zu den Entwürfen der vorhabenbezogenen Bebauungspläne Bramfeld 65 (Bramfelder Spitze) Bramfeld 71 (Moosrosenweg Süd) und Bramfeld 72 (Moosrosenweg Nord)

Der Planungsausschuss der Bezirksversammlung Wandsbek lädt die interessierten Bürgerinnen und Bürger zu einer Informationsveranstaltung mit anschließender Diskussion über die vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwürfe Bramfeld 65 (Bramfelder Spitze), Bramfeld 71 (Moosrosenweg Süd) und Bramfeld 72 (Moosrosenweg Nord) ein. Die Veranstaltung findet am Montag, dem 4. Juni 2018, um 18.00 Uhr in der Schule An der Seebek, Fabriciusstraße 150, 22177 Hamburg, in der Aula statt. Ab 17.30 Uhr kann vor Ort Informationsmaterial eingesehen werden, und es stehen Fachleute für Fragen zur Verfügung.

Die Plangebiete umfassen derzeit als Parkplätze und gewerblich genutzte Flächen, die Flächen des heutigen Ausbildungszentrums von Vattenfall am Moosrosenweg sowie die derzeit brachliegende Fläche der südlich angrenzenden sogenannten Bramfelder Spitze zwischen Bramfelder Chaussee und Werner-Otto-Straße.

Durch die vorhabenbezogenen Bebauungspläne mit den vorgesehenen Bezeichnungen Bramfeld 65, Bramfeld 71 und Bramfeld 72 sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Entwicklung eines neuen Wohnquartiers mit ergänzenden gewerblichen Nutzungen und Kindertagesstätten westlich der Bramfelder Chaussee sowie zur städtebaulichen Entwicklung der Flächen südlich der Kreuzung Bramfelder Chaussee/Werner-Otto-Straße als Büro- und Dienstleistungsstandort geschaffen werden.

Durch seine Lage an der Bramfelder Chaussee bildet das Gebiet einen Baustein in der Entwicklung von baulichen Potenzialen entlang der Magistralen, die durch den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg verstärkt verfolgt wird.

Anschauungsmaterial kann von Montag, den 28. Mai 2018, bis Freitag, den 1. Juni 2018, von 8.30 Uhr bis 16.00 Uhr im Bezirksamt Wandsbek, Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung, IV. Etage, Am Alten Posthaus 2, 22041 Hamburg eingesehen werden.

Zur öffentlichen Unterrichtung und Erörterung sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger eingeladen. Die Teilnahme ist kostenlos.

Hamburg, den 17. Mai 2018

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 1183

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Bekanntmachung vergebener Aufträge

Ergebnisse des Vergabeverfahrens

Richtlinie 2014/24/EU

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung:

Bundesbauabteilung Hamburg,
in Vertretung für die
Bundesrepublik Deutschland

Postanschrift:

Pappelallee 41, 22089 Hamburg, DE

Kontaktstelle(n):

Telefax: +49/40/4 2792 - 1200

E-Mail: Vergabestelle@bba.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse (URL):

<http://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/11255485>

NUTS-Code: DE600

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Agentur/Amt auf zentral- oder bundesstaatlicher Ebene.

I.5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

ABSCHNITT II: GEGENSTAND

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags

Bundeswehrkrankenhaus, Neustrukturierung Stromversorgung – Erweiterte Rohbauarbeiten EZ1

Referenznummer der Bekanntmachung:

18 E 0054

II.1.2) CPV-Code

45223220-4

Zusatzteil: keine

II.1.3) Art des Auftrags

Bauftrag

II.1.4) Kurze Beschreibung

Bundeswehrkrankenhaus Hamburg, Neustrukturierung Stromversorgung – Erweiterte Rohbauarbeiten EZ1

II.1.6) Angaben zu den Lose

Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein

II.1.7) Gesamtwert der Beschaffung (ohne MwSt.):

Genau: 286.676,42 Euro

II.2) Beschreibung

II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)

45112000-5, 45262310-7, 45262520-2

Zusatzteil: keine

II.2.3) Erfüllungsort

Nuts-Code: DE600

Hauptort Ausführung: 22049 Hamburg

BWK, Lesserstraße 180, 22049 Hamburg

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung

Errichtung eines Gebäudes für die Übergabestation im Rahmen der Neustrukturierung der Stromversorgung auf dem Gelände des Bundeswehrkrankenhauses. Leistungsumfang: Erdarbeiten (450 m³ Bodenaushub und Übernahme zur Verwertung und Beseitigung), Mauerarbeiten (246 m² Hinter- und Innenmauerwerk aus KS-Steinen, 185 m² Verblendmauerwerk), Stahlbetonarbeiten (Sohle, Wände, Decken).

II.2.5) Zuschlagskriterien

Kostenkriterium: Preis

Gewichtung: 100

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: Nein

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: Nein

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Beschreibung

IV.1.1) Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung

Keine Rahmenvereinbarung

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Nein

ABSCHNITT V: AUFTRAGSVERGABE

Auftrags-Nr.: **18 E 0054**

Bezeichnung: EZ1: Erweiterte Rohbauarbeiten

V.1) Information über die Nichtvergabe

Der Auftrag wurde vergeben.

V.2) Auftragsvergabe

V.2.1) Tag des Vertragsabschlusses: 2. Mai 2018

V.2.2) Angaben zu den Angeboten:

Anzahl der eingegangenen Angebote: 7

V.2.3) Name und Anschrift des Wirtschaftsteilnehmers, zu dessen Gunsten der Zuschlag erteilt wurde:

Offizielle Bezeichnung:

Riewesell Bau GmbH

Postanschrift:

Müssen, Kreis Herzogtum Lauenburg

NUTS-Code: DEF06
 Der Auftragnehmer ist ein KMU: Nein

V.2.4) Angaben zum Wert des Auftrags (ohne MwSt.)
 Gesamtwert des Auftrags:
 Genau: 286.676,42 Euro

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.3) **Zusätzliche Angaben**

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren:
 Offizielle Bezeichnung:
 Bundeskartellamt Bonn
 Postanschrift:
 Kaiser-Friedrich-Straße 16, 53113 Bonn, DE
 Telefon: 00 49/(0)2 28/94 99 - 0
 Telefax: 00 49/(0)2 28/94 99 - 400

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung**
 15. Mai 2018
 Hamburg, den 15. Mai 2017
Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
- Bundesbauabteilung - 526

Bekanntmachung vergebener Aufträge
Ergebnisse des Vergabeverfahrens
 Richtlinie 2014/24/EU

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name und Adressen**
 Offizielle Bezeichnung:
 Bundesbauabteilung Hamburg,
 in Vertretung für die
 Bundesrepublik Deutschland
 Postanschrift:
 Pappelallee 41, 22089 Hamburg, DE
 Kontaktstelle(n):
 Telefax: +49/40/4 27 92 - 12 00
 E-Mail: Vergabestelle@bba.hamburg.de
 Internet-Adresse(n):
 Hauptadresse (URL):
<http://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/11255485>
 NUTS-Code: DE600

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Agentur/Amt auf zentral- oder bundesstaatlicher Ebene.

I.5) **Haupttätigkeit(en)**
 Allgemeine öffentliche Verwaltung

ABSCHNITT II: GEGENSTAND

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags
 Bundeswehrkrankenhaus, Neustrukturierung Stromversorgung

Referenznummer der Bekanntmachung:
18 E 0058

II.1.2) CPV-Code
 45262670-8
 Zusatzteil: keine

II.1.3) Art des Auftrags
 Bauauftrag

II.1.4) Kurze Beschreibung
 EZ1: Metallbauarbeiten

II.1.6) Angaben zu den Lose
 Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein

II.1.7) Gesamtwert der Beschaffung (ohne MwSt.):
 Genau: 104.624,21 Euro

II.2) **Beschreibung**

II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)
 keine
 Zusatzteil: keine

II.2.3) Erfüllungsort
 Nuts-Code: DE600
 Hauptort Ausführung: 22049 Hamburg
 BWK, Lesserstraße 180, 22049 Hamburg

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung
 Metallbauarbeiten für den Neubau einer Übergabestation im Rahmen der Neustrukturierung der Stromversorgung auf dem Gelände des Bundeswehrkrankenhauses. Leistungsumfang: 7 Stahltüren, 4 Lüftungs- und Wetterschutzgitter, 29 m² Gitterroste, 53 m² Metallfassade aus Aluminium-Wellprofil mit Unterkonstruktion

II.2.5) Zuschlagskriterien
 Kostenkriterium: Preis
 Gewichtung: 100

II.2.11) Angaben zu Optionen
 Optionen: Nein

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union
 Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: Nein

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) Verfahrensart
 Offenes Verfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung
 Keine Rahmenvereinbarung

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)
 Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Nein

ABSCHNITT V: AUFTRAGSVERGABE

Auftrags-Nr.: **18 E 0058**
 Bezeichnung: EZ1: Metallbauarbeiten

- V.1) **Information über die Nichtvergabe**
Der Auftrag wurde vergeben.
- V.2) **Auftragsvergabe**
- V.2.1) Tag des Vertragsabschlusses: 2. Mai 2018
- V.2.2) Angaben zu den Angeboten:
Anzahl der eingegangenen Angebote: 7
- V.2.3) Name und Anschrift des Wirtschaftsteilnehmers,
zu dessen Gunsten der Zuschlag erteilt wurde:
Offizielle Bezeichnung:
Wilhelm Schulze Töchter GmbH
Postanschrift: 39638 Gardelegen
NUTS-Code: DEE04
Der Auftragnehmer ist ein KMU: Nein
- V.2.4) Angaben zum Wert des Auftrags (ohne MwSt.)
Gesamtwert des Auftrags:
Genau: 104.624,21 Euro

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.3) **Zusätzliche Angaben**
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren:
Offizielle Bezeichnung:
Bundeskartellamt Bonn
Postanschrift:
Kaiser-Friedrich-Straße 16, 53113 Bonn, DE
Telefon: 00 49/(0)2 28/94 99 - 0
Telefax: 00 49/(0)2 28/94 99 - 400
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung**
15. Mai 2018

Hamburg, den 15. Mai 2017

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– **Bundebauabteilung** –

527

Auftragsbekanntmachung

Richtlinie 2014/24/EU

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name und Adressen**
Offizielle Bezeichnung:
Bundebauabteilung Hamburg,
in Vertretung für die
Bundesrepublik Deutschland
Postanschrift:
Pappelallee 41, 22089 Hamburg, DE
Kontaktstelle(n):
E-Mail: Vergabestelle@bba.hamburg.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse (URL):
<http://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/11255485>
NUTS-Code: DE600

- I.3) **Kommunikation:**
Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter
<https://service.bi-online.de/TenderDocuments//D432358935>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt:
die oben genannten Kontaktstellen
Angebote sind einzureichen:
elektronisch: <http://www.bi-medien.de>
an die oben genannten Kontaktstellen.
- I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
Agentur/Amt auf zentral- oder bundesstaatlicher Ebene.
- I.5) **Haupttätigkeit(en)**
Allgemeine öffentliche Verwaltung

ABSCHNITT II: GEGENSTAND

- II.1) **Umfang der Beschaffung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags
BWK : Umbau Haus 1 – Neubau Radiologie
Referenznummer der Bekanntmachung:
18 E 0186
- II.1.2) CPV-Code
45200000-9
Zusatzteil: keine
- II.1.3) Art des Auftrags
Bauftrag
- II.1.4) Kurze Beschreibung
Erweiterter Rohbau inkl. Gebäudehülle
- II.1.6) Angaben zu den Lose
Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein
- II.2) **Beschreibung**
- II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)
keine
Zusatzteil: keine
- II.2.3) Erfüllungsort
Nuts-Code: DE600
Hauptort Ausführung:
Lesserstraße 180, 22049 Hamburg
- II.2.4) Beschreibung der Beschaffung
Rohbauarbeiten inkl. Gebäudehülle zum Neubau einer Radiologie in 2 geschossiger Massivbauweise
500 m³ Erdarbeiten, 1.500 m² Boden- und Geschossplatten, 100 m³ Fundamente, 750 m² KS Mauerwerk, 2.200 m² Kalkzement-Innenputz, 500 m² bituminöse Dachabdichtung, 54 Stk Holzfenster, 216 m² Holzrahmenbau, 750 m² Vorhangfassade aus Holz inkl. Dämmung.
- II.2.5) Zuschlagskriterien
Kostenkriterium: Preis
Gewichtung: 100

- II.2.7) Laufzeit des Vertrags:
 Beginn: 6. August 2018
 Ende: 1. November 2018
 Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote:
 Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2.11) Angaben zu Optionen
 Optionen: Nein
- II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union
 Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: Nein

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN.

- III.1) **Teilnahmebedingungen**
- III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
 Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:
 Als Eigenerklärung vorzulegen:
- Angaben zur Eintragung im Berufs- oder Handelsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unternehmens
 - Angaben, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet/die Eröffnung beantragt/mangels Masse abgelehnt/ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde oder ob sich das Unternehmen in Liquidation befindet
 - Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt
 - Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt ist
 - Angabe, dass sich das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet hat
- III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
 Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:
 Als Eigenerklärung vorzulegen:
- Angaben z. Umsatz i.d. letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, Bauleistungen u. a. Leistungen betreffend, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss d. Anteils bei gemeinsam m. anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen
 - Angaben über die Ausführung von Leistungen in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind
 - Angabe der Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurch-

schnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal

- III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit
 Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien: –

III.2) Bedingungen für den Auftrag

- III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Beschreibung

- IV.1.1) Verfahrensart
 Offenes Verfahren
- IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung
 Keine Rahmenvereinbarung
- IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)
 Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Nein

IV.2) Verwaltungsangaben

- IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote:
 19. Juni 2018, 10.00 Uhr
- IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote eingereicht werden können:
 deutsch
- IV.2.6) Bindefrist des Angebots:
 Das Angebot muss gültig bleiben bis:
 20. August 2018
- IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
 19. Juni 2018, 10.00 Uhr
 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
 Pappelallee 41, 22089 Hamburg, Raum 8.01
 Es sind keine Bieter und/oder bevollmächtigte Personen zum Öffnungsverfahren zugelassen.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Die Zahlung erfolgt elektronisch.

VI.3) Zusätzliche Angaben

Vergabeunterlagen in elektronischer Form:
 Informationen zum Abruf der Vergabeunterlagen: siehe I.3 – Kommunikation.

Angebotsabgabe:

Angebote können abgegeben werden:

- schriftlich,
- elektronisch in Textform.

Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform ist der Bieter und die zur Vertretung des Bieters berechnete natürliche Person zu benennen. Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabeplattform

1188

Donnerstag, den 24. Mai 2018

Amtl. Anz. Nr. 41

www.bi-medien.de
mit dem bi-Ident-Code: D432358935
zu übermitteln.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren:**

Offizielle Bezeichnung:
Bundeskartellamt Bonn
Postanschrift:
Kaiser-Friedrich-Straße 16, 53113 Bonn, DE
Telefon: 00 49/(0)2 28/94 99 - 0
Telefax: 00 49/(0)2 28/94 99 - 400

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung**

8. Mai 2018

Hamburg, den 14. Mai 2018

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– Bundesbauabteilung –**

528

Offenes Verfahren (EU) [VgV]

**Leerung von Parkscheinautomaten inkl. Transport,
Zählung, und Einzahlung**

- 1) Bezeichnung und die Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind
Finanzbehörde Hamburg
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland
- 2) Verfahrensart
Offenes Verfahren (EU) [VgV]
- 3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind
Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen.
- 4) Entfällt

- 5) Art und Umfang der Leistung sowie den Ort der Leistungserbringung

Leerung von Parkscheinautomaten inkl. Transport, Zählung, und Einzahlung.

Die Finanzbehörde beabsichtigt den Abschluss eines Vertrages über die Leerung von Parkscheinautomaten inkl. Transport, Zählung und Einzahlung des Geldes. Nach Vertragsschluss übernimmt der Landesbetrieb Verkehr die Bewirtschaftung des Vertrages.

Ort der Leistungserbringung: Hamburg

- 6) Entfällt
- 7) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten
Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- 8) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist
Vom 1. September 2018 bis 31. August 2020 mit der Option den Vertrag viermal um jeweils ein weiteres Jahr zu verlängern.
- 9) Elektronische Adresse, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können oder die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können

<https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.Bieter/DownloadTenderFiles.ashx?subProjectId=0snRCD9nA1U%3d>

- 10) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist
Teilnahme- oder Angebotsfrist: 1. Juni 2018, 10.00 Uhr
Bindefrist: 31. August 2018
- 11) Entfällt
- 12) Entfällt
- 13) Entfällt
- 14) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden
Niedrigster Preis.

Hamburg, den 18. Mai 2018

Die Finanzbehörde

529